

Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

47. Sitzung

12. Dezember 2024

Beginn: 14.03 Uhr

Schluss: 16.45 Uhr

Vorsitz: Frau Abg. Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) und Herrn Staatssekretär Liecke (SenBJF) repräsentiert.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) Aktuelle Viertelstunde

Gemäß Punkt 4, Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft die Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf.

- „Schulgesundheitsfachkräfte können eine wichtige Ergänzung der multiprofessionellen Teams in Schulen sein. Vor zwei Jahren begann in Lichtenberg ein Pilotprojekt zu Schulgesundheitsfachkräften. Ich frage den Senat wie ist der aktuelle Sachstand dazu?“
(Fraktion der CDU)
- „Wie ist der aktuelle Stand bei der Entwicklung und Einführung des 11. Pflichtschuljahrs bzw. IBA Praxis durch den Senat?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- „Gemäß Presseberichterstattung gibt es nun eine Lösung für die Finanzierung der Klassenfahrten im kommenden Jahr. Wie sieht diese Lösung aus und zu wann wird sie seitens der Verwaltung umgesetzt?“
(Fraktion Die Linke)

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zieht ihre o.g. im Vorfeld der Sitzung schriftlich eingereichte Frage zurück und stellt folgende spontane, mündliche Frage aus aktuellem Anlass:

„Welche gesamtstädtischen oder sonstigen Interessen haben dazu geführt, dass der Drei-Religionen-Kita sämtliche Mittel des Landes Berlin gestrichen wurden?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Weitere spontane, mündliche Fragen wurden nicht gestellt.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) beantwortet die schriftlich eingereichten Fragen und mündliche Nachfragen sowie spontane, mündliche Fragen der Ausschussmitglieder (vgl. Inhaltsprotokoll).

b) Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) berichtet und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder (vgl. Inhaltsprotokoll).

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Die Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass die AfD-Fraktion eine neue Wahlvorlage eingereicht habe.

Sie stellt fest, dass für die Position des stellvertretenden Schriftführers die AfD-Fraktion gemäß den §§ 25 Abs. 2, 19 Abs. 1, S. 2 GO Abghs vorschlagsberechtigt sei.

Die AfD-Fraktion schlägt Herrn Abg. Tabor (AfD) für die Position des stellvertretenden Schriftführers vor. Die Vorsitzende stellt das Einverständnis des Herrn Abg. Tabor (AfD) mit der Kandidatur fest.

Herr Abg. Weiß (AfD) beantragt die Durchführung der geheimen Wahl.

Die Vorsitzende stellt fest, dass nach § 74 Abs. 2 i. V. m. § 26 Abs. 9 GO Abghs bei einem Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl eine geheime Wahl durchgeführt werden müsse.

In dem vorliegenden Antrag auf Durchführung einer geheimen Wahl liege ein Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl, so dass die Wahl geheim durchzuführen sei.

Die Vorsitzende gibt folgende Hinweise zum Verfahren bei einer geheimen Wahl im Ausschuss nach den §§ 74, 25 Abs. 2, 26 Abs. 9 GO Abghs:

- Die Wahl erfolge ohne Aussprache.
- Gewählt sei, wer die einfache Stimmenmehrheit erhalte. Etwaige Enthaltungen bleiben bei der Ermittlung der Stimmenmehrheit außer Betracht.
- Sie werde die Namen der wahlberechtigten Abgeordneten zu Beginn des Wahlgangs verlesen.
- Frau Abg. Dr. Wein (CDU) werde jedem wahlberechtigten Abgeordneten nach Namensaufruf und vor Eintritt in die Wahlkabine einen Stimmzettel aushändigen.
- Der Stimmzettel sehe die Möglichkeit vor, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen. Es dürfe nur ein Feld angekreuzt werden. Stimmzettel ohne ein Kreuz, mit mehreren Kreuzen, anders als durch ein Kreuz gekennzeichnet oder mit zusätzlichen Bemerkungen oder Kennzeichnungen seien ungültig.
- Der Stimmzettel sei in der Wahlkabine auszufüllen und in der Wahlkabine zu falten, so dass der Inhalt nicht mehr zu sehen sei.
- Abgeordnete, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder falten, werden zurückgewiesen.
- Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Abg. Hopp (SPD), werde nach dem Einwerfen des gefalteten Stimmzettels in die Wahlurne die jeweilige Stimmabgabe vermerken und den jeweiligen Namen auf der Liste abhaken.

Die Vorsitzende eröffnet den Wahlvorgang und verliest die Namen der wahlberechtigten, anwesenden Abgeordneten. Diese gehen nach Namensaufruf einzeln zu der im Sitzungssaal aufgestellten Wahlkabine und geben gemäß des zuvor dargestellten Verfahrens bei einer geheimen Wahl ihre Stimme ab.

Nach der Durchführung der Wahl fragt die Vorsitzende, ob alle wahlberechtigten Abgeordneten, deren Namen sie verlesen habe, gewählt haben. Es erfolgt kein Widerspruch. Die Vorsitzende schließt daraufhin den Wahlgang.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Abg. Hopp (SPD), und Frau Abg. Wein (CDU) nehmen die Auszählung vor und tragen das Ergebnis auf einem Formular ein, das sie beide unterzeichnen.

Die Vorsitzende verliest das auf dem Formular vermerkte Auszählungsergebnis. Es seien insgesamt 22 Stimmen abgegeben worden, die alle gültig seien. Es liegen 20 Nein-Stimmen und 2 Ja-Stimmen vor.

Die Vorsitzende stellt nach den §§ 26 Abs. 9, 74 Abs. 7 GO Abghs formal fest, dass Herr Abg. Tabor (AfD) nicht zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|---|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Neutralitätsgesetz: Definition des Schulfriedens und Umsetzung der Rechtsprechung
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | 0283
BildJugFam |
| b) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1164
Verfassungsgemäße Überarbeitung des sogenannten „Neutralitätsgesetzes“ | 0226
BildJugFam
Haupt(f)
IntGleich*
Recht*
KultEnDe* |
| c) | Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1167
Gesetz zur Änderung des Neutralitätsgesetzes – Neutralitätsgesetz verfassungskonform anpassen und Diskriminierung von Hijab tragenden Frauen beenden | 0198
BildJugFam
Haupt(f)
IntGleich*
Recht*
KultEnDe* |

Hierzu: Anhörung

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zu diesen Punkten eine Anhörung durchgeführt werde.

Außerdem weist die Vorsitzende darauf hin, dass dem Ausschuss zu den Punkten 3 b) und 3 c) der Tagesordnung die Stellungnahmen des Ausschusses für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung, des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz und des Ausschusses für Kultur, Engagement und Demokratieförderung vorliegen.

Alle drei Ausschüsse empfehlen jeweils mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, die Anträge – Drucksachen 19/1164 und 19/1167 – abzulehnen.

Ferner weist die Vorsitzende darauf hin, dass dem Ausschuss zu den Punkten 3 b) und 3 c) der Tagesordnung die Stellungnahmen des Senats gemäß § 43 Abs. 1 GGO II vorliegen. Diese wurden den Ausschussmitgliedern am 29. August 2024 per Mail zur Verfügung gestellt.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs aufgrund der zu erfolgenden Anhörung.

Herr Abg. Krüger (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a) und den Antrag zu Punkt 3 b) der Tagesordnung.

Frau Abg. Brychcy (LINKE) begründet den Antrag zu Punkt 3 c) der Tagesordnung.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) nimmt einleitend Stellung.

Folgende Anzuhörende geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau PD Dr. Sabine Berghahn, Privatdozentin für Rechtliche Grundlagen der Politik, Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik an der Freien Universität Berlin,
- Herr Prof. Dr. Wolfgang Bock, Externer Dozent an der Juristischen Fakultät der Justus Liebig-Universität Gießen,
- Frau Karina Jehnichen, Vorsitzende des IBS Interessenverbandes Berliner Schulleitungen e.V.,
- Frau Prof. Dr. Zerrin Salikutluk, Leitung der Geschäftsstelle des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa), Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) e.V.

Herr Prof. Dr. Bock nimmt digital an der Sitzung teil.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 3 a):

Der Besprechungspunkt wird vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Zu Punkt 3 b):

Der Antrag – Drucksache 19/1164 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuss.

Zu Punkt 3 c):

Der Antrag – Drucksache 19/1167 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuss.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auflösung der Pauschalens Minderausgabe im Haushalt für Bildung, Jugend, Familie 2024/25
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) 0268
BildJugFam
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Geplante Kürzungen im EP 10 zur Umsetzung der Sparvorgabe durch die Pauschale Minderausgabe (PMA) und Konsequenzen für die Bereiche Bildung, Jugend und Familie im Haushalt Jahr 2024
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) 0225
BildJugFam
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auflösung der Pauschalens Minderausgabe im Haushalt für Bildung, Jugend und Familie 2025
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) 0284
BildJugFam

Die Vorsitzende weist einleitend darauf hin, dass diese Besprechungspunkte bereits auf der Tagesordnung der 46. Sitzung am 28. November 2024 gestanden haben und vertagt worden seien.

Der jeweilige Besprechungsbedarf sei bereits in der besagten Sitzung begründet worden.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) und Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechung zu den Punkten 4 a), 4 b) und 4 c) der Tagesordnung abzuschließen.

Punkt 5 der Tagesordnung

- Stellungnahmeversuchen des Hauptausschusses
Bericht Senat von Berlin – BJF V B 23 – vom
16.05.2023
Rote Nummer 0988
Jährlicher Bericht über die Umsetzung des Unterhaltsvorschussgesetzes – Bericht über das Jahr 2022 0186
BildJugFam

Die Vorsitzende weist einleitend darauf hin, dass dem Ausschuss keine Vorschläge für eine inhaltliche Stellungnahme an den Hauptausschuss vorliegen.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion, dem Hauptausschuss zu empfehlen, den Bericht des Senats von Berlin – BJF V B 23 – vom 16.05.2023, Rote Nummer 0988, zur Kenntnis zu nehmen.

Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den Hauptausschuss.

Punkt 6 der Tagesordnung

- | | |
|---|---|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Konfrontative Religionsbekundung an Berliner Schulen – Konsequenzen aus der DEVI-Studie
(auf Antrag der AfD-Fraktion) | <u>0007</u>
BildJugFam |
| b) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/0112
Konsequenzen aus der DEVI-Studie: Toleranzwahn beenden und religiösem Mobbing, konfrontativer Religionsbekundung und islamistischer Ideologisierung wirksam entgegentreten | <u>0041</u>
BildJugFam(f)
IntGleich |

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass dem Ausschuss zu Punkt 6 b) der Tagesordnung keine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung vorliege. Da die 6-Monats-Frist gemäß § 32 Abs. 2 Satz 5 GO Abghs bereits am 09.08.2022 abgelaufen sei, könne der Ausschuss diesen Antrag heute abschließend beraten und abstimmen.

Auf die Begründung des Antrags wird verzichtet. Auf Antrag von Herrn Abg. Weiß (AfD) beschließt der Ausschuss einvernehmlich, das in dem Antrag zu Punkt 6 b) der Tagesordnung genannte Berichtsdatum „30. November 2022“ durch das Datum „31. Juli 2025“ zu ersetzen.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Die Besprechung zu Punkt 6 a) der Tagesordnung wird abgeschlossen.

Der Antrag – Drucksache 19/0112 wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion abgelehnt.

Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (48.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 9. Januar 2025, um 14.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Sandra Khalatbari

Marcel Hopp
(stellv. Vorsitzender)